



UN GLOBAL COMPACT COMMUNICATION ON
PROGRESS FORTSCHRITTSBERICHT 2020

2019–März 2021

Inhaltsverzeichnis

1. ERKLÄRUNG ZUR KONTINUIERLICHEN UNTERSTÜTZUNG	3
2. Die 10 Prinzipien des Global Compact	4
3. Umsetzung der Menschenrechte	6
4. Umsetzung der Arbeitsnormen	10
5. Umsetzung des Umweltschutzes	14
6. Umsetzung der Korruptionsbekämpfung.....	16

1. ERKLÄRUNG ZUR KONTINUIERLICHEN UNTERSTÜTZUNG

Wir freuen uns, bestätigen zu können, dass Lansky, Ganzger & Partner Rechtsanwälte GmbH ihre Unterstützung der zehn Prinzipien des Global Compact der Vereinten Nationen in den Bereichen Menschenrechte, Arbeitsnormen, Umweltschutz und Korruptionsbekämpfung erneut bekräftigt und unterstützt.

In diesem jährlichen Fortschrittsbericht beschreiben wir unsere Maßnahmen zur kontinuierlichen Verbesserung der Integration des Global Compact und seiner Prinzipien in unsere Geschäftsstrategie, Unternehmenskultur und unseren täglichen Betrieb. Wir verpflichten uns ebenfalls dazu, diese Informationen unter Einsatz unserer primären Kommunikationskanäle an unsere Anspruchsgruppen weiterzuleiten. Lansky, Ganzger & Partner Rechtsanwälte GmbH kommuniziert dieses Engagement klar gegenüber unseren Stakeholdern, unseren Kooperationspartnern und der allgemeinen Öffentlichkeit.

Wir erkennen an, dass eine entscheidende Bedingung unserer Teilnahme am Global Compact das jährliche Einreichen eines Fortschrittsberichts (Communication on Progress, COP) ist, der die Bemühungen unseres Unternehmens zur Umsetzung der zehn Prinzipien beschreibt. Wir unterstützen eine öffentliche Rechenschaftspflicht und das Gebot der Transparenz und verpflichten uns daher, auch weiterhin jährlich über unsere Fortschritte zu berichten, im Einklang mit den COP-Richtlinien des Global Compact.

Hochachtungsvoll,

Dr. Gabriel Lansky, Dr. Gerald Ganzger, Mag. Ronald Frankl, Dr. Julia Andras,
Mag. Katharina Raabe-Stuppnig, Mag.iur. Valentin Neuser,
JUDr. Martin Jacko, Dipl. iur. Anna Zeitlinger und Arlind Zeqiri M.A.

Managing Partner / Lansky, Ganzger & Partner

2. Die 10 Prinzipien des Global Compact

Lansky, Ganzger & Partner Rechtsanwälte GmbH (LGP) verpflichtet sich, die folgenden 10 Prinzipien des Global Compact zu unterstützen und zu fördern:

Prinzip 1:

Unternehmen sollen den Schutz der internationalen Menschenrechte innerhalb ihres Einflussbereichs unterstützen und achten.

Prinzip 2:

Unternehmen sollen sicherstellen, dass sie sich nicht an Menschenrechtsverletzungen mitschuldig machen.

Prinzip 3:

Unternehmen sollen die Vereinigungsfreiheit und die wirksame Anerkennung des Rechts auf Kollektivverhandlungen wahren.

Prinzip 4:

Unternehmen sollen für die Beseitigung aller Formen der Zwangsarbeit eintreten.

Prinzip 5:

Unternehmen sollen für die Abschaffung der Kinderarbeit eintreten.

Prinzip 6:

Unternehmen sollen für die Beseitigung von Diskriminierung bei Anstellung und Beschäftigung eintreten.

Prinzip 7:

Unternehmen sollen im Umgang mit Umweltproblemen einen vorsorgenden Ansatz unterstützen.

Prinzip 8:

Unternehmen sollen Initiativen ergreifen, um ein größeres Verantwortungsbewusstsein für die Umwelt zu erzeugen.

Prinzip 9:

Unternehmen sollen die Entwicklung und Verbreitung umweltfreundlicher Technologien fördern.

Prinzip 10:

Unternehmen sollen gegen alle Arten der Korruption eintreten, einschließlich Erpressung und Bestechung.

3. Umsetzung der Menschenrechte

Prinzip 1:

Als international agierende Anwaltskanzlei verpflichten wir uns zum Schutz, zur Durchsetzung und zur Achtung der internationalen Menschenrechte innerhalb unseres Einflussbereiches.

Prinzip 2:

Als Anwaltssozietät verpflichten wir uns nicht nur zur Umsetzung der oben genannten Kriterien, sondern tragen auch dafür Sorge, dass sich niemand in unserem Unternehmen in irgendeiner Weise an Menschenrechtsverletzungen mitschuldig macht.

Darstellung und Umsetzung der Maßnahmen:

Das Thema Menschenrechte ist ein Hauptthema der Kanzlei, da ihr Gründer, Dr. Gabriel Lansky, seit jeher auf diesem Gebiet engagiert ist. Bereits als Student war er für Amnesty International tätig. Später war er jahrelang Vorstandsmitglied der österreichischen Sektion und Vertreter des internationalen Sekretariats von Amnesty International bei der Uno in Wien. Zusammen mit diversen NGOs setzt Dr. Lansky sich für Menschenrechtsaktivitäten ein, unterstützt Programme gegen die Armut und für die Förderung der Pressefreiheit und gilt als Förderer des Dialogs zwischen kulturellen und religiösen Gemeinschaften. Er ist außerdem Vorstandsmitglied der „Reporter ohne Grenzen“ („Reporters Sans Frontieres“). Diese Aktivitäten prägen die Kanzlei.

- **LGP Kompetenzzentrum für Grund- und Menschenrechte:**

Das LGP Kompetenzzentrum für Grund- und Menschenrechte wurde 2009 im Zuge der Ausweitung der internationalen Aktivitäten der Kanzlei Lansky, Ganzger + partner in der GUS-Region gegründet. Das Kompetenzzentrum hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Erfahrung von LGP in der internationalen Rechtsdurchsetzung und ihre Schnittstellenfunktion zwischen Wirtschaft, Politik und Medien in den Dienst der Förderung und Umsetzung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten zu stellen. Das Beraterteam aus Menschenrechtsexperten, Universitätsprofessoren und erfahrenen politischen Akteuren ermöglicht einen transdisziplinären Zugang zu rechtlichen Fragestellungen sowie die internationale Kooperation mit renommierten Forschungseinrichtungen.

In der täglichen Praxis steht die Durchsetzung der Grund- und Menschenrechte von Klienten vor nationalen Behörden im Mittelpunkt. Um aufwändige Verfahren vor Höchstgerichten zu vermeiden, wird bei innerstaatlichen Verfahren auf die grundrechtskonforme Auslegung gesetzlicher Normen geachtet. Wenn nötig, wird zur Auslegung von EU-Recht auf Vorabentscheidungen des Europäischen Gerichtshofs hingewirkt. Ist eine gesetzliche Bestimmung selbst grundrechtswidrig, so übernimmt das Expertenteam die Ausarbeitung von Beschwerden und Anträgen an den Verfassungsgerichtshof. Im Falle der Missachtung von Grund- und Menschenrechten in letztinstanzlichen innerstaatlichen Entscheidungen prüft das

Kompetenzzentrum, ob eine Beschwerde vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte oder vor dem UN-Menschenrechtsausschuss in Genf Aussicht auf Erfolg hat und bringt sodann Beschwerden ein.

Auch die derzeitige COVID-Krise bringt einige grundlegende Rechtsfragen mit sich, mit denen sich unter anderem LGP's Senior Expert Counsel Heinz Mayer auseinandersetzt. In zahlreichen Artikeln und Vortragsreihen befasst er sich kritisch, jedoch stets mit juristischem Fokus, mit dem Thema „Corona und Gesellschaft“. Heinz Mayers Beiträge sollen Klarheit schaffen und über die Verfassungskonformität von Covid-Maßnahmen, Gesetzesvorbehalte im Grundrechtsbereich und rechtliche Interpretationsspielräume bei unklar formulierten Verordnungen aufklären.

- Veranstaltungen mit Fokus auf Menschenrechte:

Im Juni 2018 fand unserer Veranstaltungsreihe „EU Strategic Talks“ zum ersten Mal statt. Die Konferenz organisieren LANSKY, GANZGER + partner (LGP) und Amsterdam & Partners in Kooperation mit dem Informationsbüro des Europäischen Parlaments und der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich. Die EU Strategic Talks sind ein Forum für grundlegende Debatten und Analysen der aktuellen Herausforderungen der Europäischen Union. In diesem Zusammenhang soll die Veranstaltung die Themenfelder der österreichischen Ratspräsidentschaft aufgreifen und neue Denkansätze anregen. Mehr als 200 Gäste folgten unserer Einladung zur Diskussion über die Zukunft der Europäischen Union, darunter mehrere Minister, Europapolitiker, Politikexperten und Medienvertreter aus dem In- und Ausland.

Bei der Großveranstaltung „Africa Talks“ am 17.12.2018 in den LGP-Räumlichkeiten in Kooperation mit Andersen Tax & Legal Germany wurde über die Gegenwart und Zukunft der afrikanisch-europäischen Beziehungen gesprochen. Politische und soziale Themen und deren Auswirkungen wurden aus verschiedenen Sichtweisen auf Augenhöhe diskutiert. Investitionen europäischer Unternehmen und humanitäre Hilfe wurden hinterfragt und die Idee der Nachhaltigkeit gestärkt. Man solle sich an die Jugend wenden und den Einwohnern Perspektiven bieten, um der Migration entgegenzuwirken.

Weitere vergleichbar Veranstaltungen sind in Planung, bei denen nicht nur der rechtliche sondern vor allem der soziale Aspekt eine essenzielle Rolle spielt. In Podiumsdiskussionen mit Experten und Expertinnen werden heikle Themen und Fragestellungen von allen Seiten beleuchtet, wie z.B.: Führen die aktuellen Entscheidungen und Maßnahmen zu einer sinnvollen Lösung? Sind diese moralisch zu vertreten? Bewegen sie sich innerhalb des österreichischen und europäischen Rechtsrahmens? Gibt es alternative – noch nicht in Betracht gezogene – Ansätze?

- Abteilung für Fremdenrecht und Migration

Lansky, Ganzger + partner ist eine der wenigen Großkanzleien Österreichs, die über eine eigene Abteilung für Fremdenrecht und Migration verfügt. Die Causen im Asyl-, Fremden- und Staatsbürgerschaftsrecht weisen laufend „menschenrechtliche“ Komponenten auf. Speziell die Vertretung von im Bundesgebiet aufhältigen Drittstaatsangehörigen, welche sich ein

schützenswertes Privat- und Familienleben in Österreich aufgebaut haben, spielt eine Rolle. In diesen Fällen werden Menschenrechte der jeweiligen Personen durchgesetzt. Beispielsweise auch bei binationalen Ehen, bei denen der nichtösterreichische Teil (noch) illegal in Österreich aufhältig ist und wir – ua gestützt auf Art 8 EMRK – ein Aufenthaltsrecht in Ö „durchboxen“, ist die Durchsetzung von Menschenrechten von Bedeutung. Im LGP Fremdenrechtsteam werden neben Deutsch und Englisch noch Russisch, Französisch und Arabisch gesprochen. Das macht Dolmetscher obsolet, die Mandanten können direkt und persönlich mit ihren Betreuern kommunizieren. Auf Augenhöhe, versteht sich, was auch daran liegt, dass das LGP Team mehr als 45 Staaten und deren Kultur aus eigener Wahrnehmung kennt. Die Betreuung hört nicht nach dem positiven Verfahrensabschluss auf. Das Kompetenzzentrum für Fremdenrecht informiert Mandanten auch nach Abschluss ihres Falles über relevante Neuerungen, die existentielle Auswirkungen auf den rechtlichen Status haben können.

Aber auch in unserer bedeutenden Medienrechtsabteilung und Strafrechtsabteilung und öffentlich-rechtlichen Abteilung steht die Wahrung und Durchsetzung der Menschenrechte im Fokus. Zudem werden jedes Jahr zahlreiche pro bono Fälle vertreten. Darüber hinaus werden laufend komplett ausweglose Fälle gegen eine geringe Pauschale, die lediglich die Auslagen deckt, übernommen.

- Unterstützung gemeinnütziger Projekte und Vereine

LGP unterstützt weiterhin die Plattform „Soziale Rechte stärken“ durch unentgeltliche anwaltliche Beratung. Die Volkshilfe unterstützt arme Menschen mit dieser Plattform künftig rechtlich, indem sie rechtlich informiert und aufklärt. Ziel der Plattform sei, soziale Ungerechtigkeit auf individueller Ebene zu bekämpfen und Präzedenzfälle zu schaffen. Die Fälle sollen auf rechtlicher und politischer Ebene vorangetrieben sowie öffentlichkeitswirksam begleitet werden. Für die Auswahl der Fälle gibt es einen Falltypenkatalog und einen Expertenbeirat mit Sozialarbeitern. Die Fälle umfassen die Rechtsbereiche Sozialhilfe, Mietrecht, Arbeitsrecht und Chancengleichheitsgesetz. Es werden Menschen vor Gericht vertreten, denen systematisch der Zugang zum Sozialrecht erschwert wird und die nicht über genügend eigene Mittel verfügen, um sich Gehör zu verschaffen. Fälle mit grundsätzlichen Fragen sollen an die Höchstgerichte gebracht werden, um die Judikatur im Sozialrecht zu erweitern. Die Zielgruppe sind Menschen, die von Armut betroffen, arbeitslos, prekär beschäftigt, pflegebedürftig oder wohnungslos sind.

Weiters unterstützt LGP zahlreiche Vereine, die sich für die Menschenrechte Benachteiligter einsetzen, wie zum Beispiel Asylkoordination Österreich und BIWAK (eine Kinderwohngemeinschaft). Forschung und Bildung ist ein wichtiges Thema für internationale Entwicklungen und soll gefördert werden. Unsere Kanzlei unterstützt daher die Österreichische Nationalbibliothek, das FOWI (Forschungsinstitut für mittel- und osteuropäisches Wirtschaftsrecht und einige weitere.

Maßnahmen zur Messung der Ergebnisse:

- Es erfolgt eine regelmäßige Überprüfung der Grundsätze durch das Kanzleimanagement.
- Es erfolgt eine jährliche Kontrolle im Rahmen des COP – Fortschrittsberichts für den Global Compact.
- Bei unseren Lieferanten und Drittanbietern überprüfen wir die Einhaltung der Menschenrechte sowie der oben genannten arbeits-, sozialrechtlichen Normen und Gesetze zum Schutze von Arbeitnehmer. Bei Verdacht von Verstößen kontrollieren wir und setzen uns mit dem Unternehmen in Verbindung um die Anlassfälle zu klären.

4. Umsetzung der Arbeitsnormen

Prinzip 3:

Als international agierende Anwaltskanzlei verpflichten wir uns zur Wahrung der Vereinigungsfreiheit und zur wirksamen Anerkennung des Rechts auf Kollektivverhandlungen.

Prinzip 4:

Jede Form von Zwangsarbeit ist verboten.

Prinzip 5:

Jede Form von Kinderarbeit ist verboten.

Prinzip 6:

In unserer Anwaltssozietät gibt es keinerlei Formen der Diskriminierung, egal ob nach Geschlecht, ethnischer Herkunft oder Hautfarbe.

Darstellung und Umsetzung der Maßnahmen:

- Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz

Wir achten auf eine ausgewogene und gesunde Ernährung unserer Mitarbeiter. Jedes Stockwerk verfügt über eine eigene Küche; Obst und Gemüse sowie Tee/Kaffee gibt es zur freien Entnahme. In der von der Firma gestützten Kantine im Erdgeschoss werden hochwertige Menüs ohne Konservierungsstoffe und Geschmacksverstärker angeboten, jeder Mitarbeiter erhält zudem einen täglichen Kantinenzuschuss.

Alle unsere Mitarbeiter arbeiten mit benutzerfreundlichen EDV-Ausrüstungen (ergometrische Tastaturen, Flachbildschirme). Es wird stets kontrolliert, ob die EDV Ausrüstungen ordnungsgemäß funktionieren, um gesundheitliche Schäden zu vermeiden. Im gesamten Gebäude wurden LED-Lampen mit optimaler Lichtstärke installiert, welche auf dem letzten Stand der Technik sind. Dem kommt besondere Wichtigkeit zu, da die Sonneneinstrahlung durch die Nachbarhäuser vermindert ist.

In regelmäßigen Abständen kommt ein Arbeitsmediziner in die Kanzlei und stellt sich für gesundheitliche Fragen zur Verfügung. In den vergangenen Jahren wurde eine freiwillige und kostenlose Grippeimpfung für alle MitarbeiterInnen durchgeführt. In der derzeitigen COVID-Krise ist es dem Arbeitgeber ein besonderes Anliegen die Gesundheit der MitarbeiterInnen zu schützen und die Kanzlei als einen sicheren Arbeitsplatz zu gewähren. Dafür wurden zahlreiche Maßnahmen durchgesetzt: Home-Office als neue gleichwertige Arbeitsform, Ausweitung der Hygienevorschriften, Montage von Handdesinfektionsspendern, Maskenpflicht in Gemeinschaftsräumen, reduzierte Personenanzahl in Gemeinschaftsräumen, Videotelefonate statt persönliche Besprechungen und die Möglichkeit

von Schnelltestungen (Antigentests) für MitarbeiterInnen sowie KlientInnen, falls persönliche Besprechungen nicht zu Umgehen sind. Die Kanzlei hat ihre MitarbeiterInnen mit notwendiger IT-Ausstattung versorgt, um ein reibungsloses Arbeiten im Home-Office zu ermöglichen.

Aufgrund der vollautomatischen, zentralgesteuerten Heizungsanlage ist die Temperatur in allen Büros und Räumlichkeiten einheitlich und optimiert. Auch die Klimaanlage ist optimal programmiert und für permanente Frischluftzufuhr ist gesorgt.

Körperliche Tätigkeit trägt einen essenziellen Teil zur Gesundheit bei, weshalb die MitarbeiterInnen die Möglichkeit haben ein von der Firma gestütztes renommiertes Fitnesscenter kostenlos zu nutzen. Dieses Angebot erfreut sich großer Beliebtheit. Das Fitnesscenter bietet neben Kraft- und Ausdauergeräten auch Gruppenfitness, ein Schwimmbaden und einen Wellness-Sauna-Bereich. Weiters verfügt die Kanzlei über einen absperrbaren Fahrradabstellraum und Sanitäranlagen zum Duschen, damit man trotz körperlicher Aktivität frisch in den Arbeitstag starten kann.

- Achtung des Familienlebens am Arbeitsplatz

Wir wollen innerhalb der Kanzlei eine Work-Life-Balance sicherstellen. Unsere Büros sind nicht nur kinderfreundlich, sogar die Mitnahme des Nachwuchses ist für die Mitarbeiter möglich. In familiären Notfällen bemühen wir uns um flexible Lösungen. Nach Möglichkeit kann die Arbeit auch von zu Hause aus erledigt werden (Home Office). Dabei ist allerdings darauf Bedacht zu nehmen, dass das Home Office über eine büroähnliche Einrichtung verfügt und störungsfreies Arbeiten garantiert ist. Diesem Aspekt muss umso größere Aufmerksamkeit gewidmet werden, da die Ablenkung durch Haushalt, Familie, etc. groß ist.

- Bildung am Arbeitsplatz und kanzleiinterne Kommunikation:

Innerhalb der Kanzlei wollen wir die Entfaltung der beruflichen Karrieren fördern. Deshalb bemüht sich die Kanzleileitung für jede Situation des/der MitarbeiterIn eine individuelle Lösung zu finden (Bildungskarenz, Prüfungsurlaub, etc.). Weiters finden kanzleiinterne Seminare beziehungsweise Schulungen statt (z.B. MS Office Kurse, Englischkurse, etc.); Ziel ist die längerfristigen Perspektive von Arbeitsplätzen.

Seit dem Jahr 2015 finden zweimal pro Monat sog. „Juristenmeetings“ statt – sie dienen als Plattform zum Austausch zwischen „Seniors“ und „Juniors“. Juristen stellen die von ihnen aktuell bearbeiteten juristischen Fragestellungen vor, arbeiten rechtliche Grundthemen auf und besprechen organisatorische Themen. Auf diese Weise finden jüngere Juristen im Austausch mit ihren Kollegen „fachliche Mentoren“ und können ihnen wichtige Anliegen an die Geschäftsführung herantragen. Zusätzlich zu den Juristenmeetings wurden im Frühjahr 2018 sog. „Substitutenmeetings“ eingeführt. In diesen – einmal pro Monat stattfindenden – Terminen haben die Rechtsanwälte eine neue Plattform zum direkten Austausch mit der Geschäftsführung über Themen der Kanzleientwicklung und der Nachhaltigkeit. Analoge Arbeitsmeetings gibt es auch für Fachkräfte im Bereich der Verwaltung. Einmal pro Quartal findet das sog. „Plenum“ für alle Rechtsanwälte und Mitarbeiter statt, in dem sämtliche Mitarbeiter und freischaffende Rechtsanwälte von LGP sich treffen, um die jeweiligen Anliegen zu kommunizieren und Problemstellungen zu lösen.

- Interne Schulungen auf dem Gebiet der Arbeitszeiterfassung:

Nach der Einführung des elektronischen Arbeitszeiterfassungssystems für alle Angestellte von LGP im Jahr 2014, um den angestellten Mitarbeitern die Einhaltung und Überprüfung ihrer Arbeitszeiten zu erleichtern, wurden im Jahr 2015 Schulungen für die notwendige Erfassung von Arbeitszeiten und Arbeitsinhalten der angestellten juristischen Mitarbeiter durchgeführt. Diese Schulung konnte auch von den selbstständigen Rechtsanwälte von LGP genutzt werden.

- Veranstaltungen im Bereich Arbeitsrecht:

Arbeitsrecht wird in unserer Kanzlei großgeschrieben. Nicht nur intern möchten wir Arbeitnehmer schützen und informieren – auch nach außen möchten wir wichtige rechtliche Änderungen vermitteln und für Transparenz im Arbeitsrecht sorgen. Deshalb veranstalteten wir unter anderem am 24.1.2018 ein Corporate Breakfast zum Thema „Update Arbeitsrecht“. Rechtsanwältin und Head of Labour & Employment Mag. Piroska Vargha und Rechtsanwältin und Managing Partner Julia Andras führten das Publikum durch die Präsentation und beantworteten Fragen im Anschluss. Bei persönlichen Problemen/Anliegen ist jederzeit eine individuelle Beratung und ein offener Dialog möglich.

- Ausbau des Kanzleimanagements

Zudem wurde die Stelle der Kanzleileitung neu besetzt und ausgebaut, welche sich zusätzlich zur Personalleiterin neben allen Aufgaben der Kanzleileitung um Angelegenheiten und Bedürfnisse der Mitarbeiter von LGP kümmert und dadurch einen substantiellen Beitrag in Sachen Nachhaltigkeit, Organisationsentwicklung, Personalentwicklung, Prozessoptimierung und Coaching leistet. Bei Beschwerden können jederzeit die Managing Partner, die Kanzleileitung und Fachkräfte in den Bereichen IT/Technik, Knowledge Management, Marketing & PR und Personalwesen kontaktiert werden.

- Gleiches Recht für alle

Jegliche Form der Diskriminierung ist zu vermeiden, unabhängig von der Stellung der Person im Unternehmen oder der Art des Beschäftigungsverhältnisses. Bereits die Stellenausschreibungen erfolgen geschlechtsneutral; jede Bezugnahme auf Geschlecht, Alter, Weltanschauung, ethnischer Zugehörigkeit oder sexueller Orientierung soll vermieden werden. Auf diesen Grundsatz wird auch bei der Anbahnung des Arbeitsverhältnisses (insbesondere beim Vorstellungsgespräch) Bedacht genommen. Die Gehälter bei LGP sind marktgerecht ausgestaltet, es gibt keine geschlechtsspezifische oder sonstige Entgeltdiskriminierung.

Unsere Kanzlei zeichnet sich durch ein internationales und multikulturelles Arbeitsklima aus. Insgesamt werden bei LGP 25 Sprachen gesprochen, die Mitarbeiter kommen aus über 20 Ländern der Welt.

Maßnahmen zur Messung der Ergebnisse:

- Regelmäßige Mitarbeitergespräche geben Auskunft über die Zufriedenheit der Mitarbeiter und die Einhaltung der Arbeitsnormen.
- Es erfolgt eine regelmäßige Überprüfung der Grundsätze durch das Kanzleimanagement.
- Es erfolgt eine jährliche Kontrolle im Rahmen des COP - Fortschrittsberichts für den Global Compact.
- Bei unseren Lieferanten und Drittanbietern überprüfen wir die Einhaltung der vertraglich festgelegten arbeits- und sozialrechtlichen Normen und Gesetze zum Schutze von Arbeitnehmer. Bei Verdacht von Verstößen kontrollieren wir und setzen uns mit dem Unternehmen in Verbindung um die Anlassfälle zu klären.

5. Umsetzung des Umweltschutzes

Prinzip 7:

Als international agierende Anwaltskanzlei verpflichten wir uns zu einem vorsorgenden Ansatz im Umgang mit Umweltproblemen.

Prinzip 8:

Es werden innerhalb unseres Unternehmens Initiativen ergriffen, um ein größeres Verantwortungsbewusstsein für die Umwelt zu erzeugen.

Prinzip 9:

Unsere Kanzlei fördert die Entwicklung und Verbreitung umweltfreundlicher Technologien.

Darstellung und Umsetzung der Maßnahmen:

Nachdem Papier eine unserer meistgenutzten Ressourcen ist, pflegen wir damit einen sparsamen Umgang. Zur Einsparung des Papierverbrauchs sollen Seiten, wenn möglich, beidseitig bedruckt werden. Gedruckt wird mittels umweltfreundlicher Technik. Die Entsorgung von Papier erfolgt fachgerecht (Recycling) in dafür vorgesehenen Behältern beziehungsweise Aktenvernichtern (zur Verfügung gestellt von der Firma Reisswolf). LGP hat sich für eine nationale und umweltzertifizierte Druckfirma entschieden, die alle Broschüren und Marketingmaterialien der Kanzlei unter Einhaltung der Umweltvorschriften herstellt. Generell achten wir auf den Kauf und die Beschaffung von umweltfreundlichen Produkten.

Eine innovative Besonderheit in unserer Kanzlei ist, dass kohlenensäurehaltiges Wasser über Wasserhähne bezogen werden kann; dadurch werden Ummengen von Plastikflaschen eingespart und schädliche Emissionen (durch den LKW-Transport) vermieden. Generell wird in unserer Kanzlei auf möglichst sparsamen Umgang mit Wasser und Strom geachtet. Unsere Mitarbeiter sind dazu angehalten, nach Büroschluss alle Lichter sowie PCs auszuschalten. Entsprechende Maßnahmen werden laufend durchgesetzt.

Dienstreisen sollen nach Möglichkeit durch Videokonferenzen ersetzt werden (im Interesse des Klimaschutzes). Nach Möglichkeit sollen unsere Mitarbeiter öffentliche Verkehrsmittel anstelle von Taxis oder PKWs benutzen.

Die Büros in unserem Gebäude sind nicht nur umweltfreundlich eingerichtet, es wird auch auf umweltschonendes Büromaterial geachtet. Altgeräte werden durch die Firma Reisswolf fachgerecht entsorgt. Generell wird auf die Vermeidung sowie die Reduktion von Abfall besonderes Augenmerk gelegt.

Im gesamten Gebäude wurden bereits im Jahr 2014 energiesparende LED-Lampen installiert. Die LED – Lampen werden stets entsprechend dem letzten Stand der Technik erneuert und dadurch ein Beitrag zur Energieeinsparung geleistet. LED-Lampen besitzen die höchste Energieeffizienz. Sie wandeln im Vergleich zu ihren Konkurrenten, die meiste Energie in Licht

um. Eine 60-Watt-Glühbirne hat eine Leuchtkraft von ca. 600 Lumen. Eine aktuelle LED-Lampe die 600 Lumen erzeugt, verbraucht dagegen nur 8 W. 2016 wurden alten PCs und Bildschirmen durch neue Geräte ersetzt. Diese haben einen geringeren Strombedarf und entlasten damit die Umwelt.

LGP unterstützt umweltfreundliche Vereine wie Südwind Österreich und Eurosolar schon seit vielen Jahren und möchte so einen weiteren Teil zum Umweltschutz beitragen.

Maßnahmen zur Umsetzung der Ziele:

Lieferanten werden um genaue Umweltangaben bezüglich ihrer Produkte gebeten und auch anhand dieser Kriterien ausgewählt.

Für Beschwerden ist jederzeit eine Meldung an Verwaltung, unsere Kanzleileitung oder einen Partner möglich.

LGP bietet denjenigen, die mit dem Fahrrad zur Arbeit kommen, die Möglichkeit eines abschließbaren Raumes für das Abstellen des Fahrrades neben dem Eingang der Kanzlei.

Maßnahmen zur Messung der Ergebnisse:

Es erfolgt eine regelmäßige Überprüfung der Grundsätze durch das Kanzleimanagement.

Es erfolgt eine jährliche Kontrolle im Rahmen des COP - Fortschrittsberichts für den Global Compact.

Bei unseren Lieferanten und Drittanbietern überprüfen wir die Einhaltung der Umweltschutznormen.

6. Umsetzung der Korruptionsbekämpfung

Prinzip 10:

Als international agierende Anwaltssozietät tritt die Kanzlei LGP gegen alle Arten der Korruption, einschließlich Erpressung und Bestechung ein.

Darstellung und Umsetzung der grundlegenden Ziele:

Datenschutz:

Datenschutz ist ein zentraler Aspekt. Daten aller Art werden absolut vertraulich behandelt, gleich ob sie unsere Kunden oder die Mitarbeiter betreffen. Unter keinen Umständen dürfen sie an Dritte weitergegeben werden (Email-Richtlinien, verpflichtende Entsorgung von Akten in Aktenvernichtern).

Hohe Sicherheitsstandards in Bezug auf IT-Daten (keine Verwendung unternehmensfremder Hardware, ausreichender Schutz durch Virenschutzprogramm, Firewall, ausreichender Passwortschutz durch sichere Passwörter) sind in unserer Kanzlei selbstverständlich.

Die Verschwiegenheitspflicht als einer der obersten Grundsätze einer Anwaltskanzlei schlechthin muss von allen Mitarbeitern eingehalten werden. Diese haben in- und außerhalb der Arbeit sowohl Integrität als auch Unabhängigkeit zu wahren

Um die Informationssicherheit in die Geschäftsprozesse zu integrieren, hat das Management von LGP im Jahr 2016 folgende ISMS Organisation definiert:

Es wurde ein mehrstufiges Schulungsprogramm umgesetzt. Das Schulungsprogramm beinhaltet die Integration der Informationssicherheit in die Geschäftsprozesse von LGP. Es wurden die dazu notwendigen Richtlinien veröffentlicht, die den erlaubten Umgang mit Mandanteninformationen beschreiben, um die Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit derselben sicherzustellen.

- Vertraulichkeit: Mandanteninformationen dürfen nur berechtigten Personen zugänglich sein.
- Integrität: Korrektheit und Vollständigkeit der Mandanteninformationen.
- Verfügbarkeit: Mandanteninformationen sollen verfügbar sein, wenn wir sie benötigen.

Korruptionsbekämpfung:

Unsere Kanzleileitung und Personalleiterin leisten einen entscheidenden Beitrag bei der Schulung von RechtsanwaltsanwältInnen und Fortbildung von RechtsanwältInnen betreffend ihrer Rechte und Pflichten gegenüber MandantInnen und Dritten bei der berufsmäßigen Parteienvertretung in allen gerichtlichen und außergerichtlichen, in allen öffentlichen und privaten Angelegenheiten. Zudem unterliegen RechtsanwaltsanwältInnen und RechtsanwältInnen einer gesetzlich geschützten Verschwiegenheitspflicht sowie strenger

Standesvorschriften zum Schutz der Klienten, diese ergeben sich in Österreich aus der Rechtsanwaltsordnung (RAO). Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, dass der Rechtsanwalt im Hinblick auf die besonders hohe Gefahr der Geldwäscherei oder Terrorismusfinanzierung verpflichtet, alle Geschäfte besonders sorgfältig zu prüfen, bei denen er im Namen und auf Rechnung seiner Partei Finanz- oder Immobilientransaktionen durchführt oder für seine Partei an deren Planung oder Durchführung mitwirkt. Bei der Einhaltung der sich aus dieser Gefahr ergebenden Pflichten, welche in den §§ 8 a - f RAO festgehalten sind, steht die Kanzleileitung als Coach und Supervisor zur Verfügung. Der Startschuss zur Implementierung von Maßnahmen zur Erfüllung der aus der 5. Geldwäsche-Richtlinie erwachsenden Sorgfaltspflichten erfolgte im durch externe und interne Schulungen unserer Mitarbeiter. Diese wurden über die neue Rechtslage unterrichtet und angewiesen, die in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich liegenden strukturellen Änderungen zu vollziehen.

Im Fokus der Maßnahmen stand zunächst insbesondere die kanzlei- und mandatsbezogene Risikoanalyse, deren Ergebnisse in die Kanzleiorganisation einfließen werden.

RechtsanwältInnen trifft die Pflicht, Geldwäscheverdachtsfälle zu melden. Damit dieser Pflicht auch nachgekommen werden kann, ist es wichtig zu verstehen und zu erkennen, wann Geldwäscherei vorliegt. Aus diesem Grund hat LGP für seine MitarbeiterInnen eine Schulung zum Thema Geldwäsche veranstaltet, in der externe ExpertInnen ihre Erfahrung und Expertise im Bereich Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung teilen. Dadurch wurde bei den MitarbeiterInnen von LGP ein umfassendes Bewusstsein für meldepflichtige Sachverhalte geschaffen und ist nun gewährleistet, dass den normierten Verpflichtungen entsprechend nachgekommen werden kann.

Außerdem unterstützen wir einige wichtige Vereine, die Korruption bekämpfen möchten. Einer davon ist der Verein „Reporter ohne Grenzen“, bei dem Kanzleigründer Dr. Gabriel Lansky aktiv einen Vereinsposten besetzt. Weiters fördert die Kanzlei den Verein AIDP Internationale Strafrechtsgesellschaft (Beraterstatus bei der UNO und beim Europarat) sowie die TA (The International Academy of Financial Crime Litigators).

Maßnahmen zur Umsetzung der Ziele:

- Zahlungen aller Art werden genau erfasst und verbucht. Jeden Verdacht auf Korruption, Erpressung oder Bestechung leiten wir an die zuständigen Behörden weiter.
- Mitarbeiter werden im Rahmen einer Verschwiegenheitserklärung zu diesem Thema sensibilisiert und verpflichtet.
- Auch unsere Geschäftspartner und Lieferanten sind dazu angehalten, die Prinzipien der Korruptionsbekämpfung sowie die Verschwiegenheitspflicht einzuhalten.
- Für Fragen und Beschwerden auf diesem Sachgebiet stehen die Verwaltung, unsere Kanzleileitung sowie die Partner zur Verfügung.

Maßnahmen zur Messung der Ergebnisse:

- Es erfolgt eine regelmäßige Überprüfung der Grundsätze durch das Kanzleimanagement.

- Es erfolgt eine jährliche Kontrolle im Rahmen des COP - Fortschrittsberichts für den Global Compact.